



**DAS 200 EURO**

**MILLIARDEN-MÄRCHEN!**

## Erste Ergebnisse

Die ersten Verhandlungen zur bundesweiten Aktion „Wir jammern nicht - wir klagen!“ haben stattgefunden.

## Landesverbandstag 2016

Landtagswahl 2016 - wohin geht es für die Familien im Land?



## 10 GUTE GRÜNDE FÜR EINE MITGLIEDSCHAFT

Es gibt zehn gute Gründe für eine Mitgliedschaft im Deutschen Familienverband. Der Deutsche Familienverband ist seit 90 Jahren DIE Lobby für Familien – in Baden-Württemberg seit 61 Jahren.

Mit Ihrem Engagement als DFV-Mitglied investieren Sie einen kleinen Beitrag in die Zukunft unserer Gesellschaft. Machen Sie mit!



Als DFV – Mitglied

- ◆ können Sie die Welt im Kleinen und Großen familiengerechter machen
- ◆ sind Sie ein wichtiger Teil des größten und ältesten Familienverbandes in Deutschland
- ◆ können Sie durch Engagement und Mitarbeit gestaltender Teil der Familienpolitik sein und Verbesserungen für Kinder und Eltern im Land und vor Ort erreichen
- ◆ können Sie sich mit uns politisch einmischen, damit es Familien in Deutschland besser geht
- ◆ engagieren Sie sich für kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Großeltern, Patchworkfamilien und für Familien bestehend aus Mutter, Vater, Kind(ern)
- ◆ helfen Sie, Familien in den Mittelpunkt von Gesellschaft und Politik zu rücken
- ◆ treffen Sie auf Gleichgesinnte, die sich für ein kinder- und elternfreundliches Deutschland engagieren
- ◆ sind Sie ein wichtiger Teil des Deutschen Familienverbandes
- ◆ haben Sie eine kompetente Interessenvertretung für Familien gegenüber Politik und Wirtschaft auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene
- ◆ helfen Sie, Kinder glücklich und Eltern stark zu machen
- ◆ Werden Sie jetzt Mitglied im Deutschen Familienverband!

Unter [www.dfv-bw.de/mitgliedschaft](http://www.dfv-bw.de/mitgliedschaft) können Sie ganz einfach online einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen.

HINWEIS:

Sie können unsere Ehrenamtsarbeit auch durch eine FÖRDERMITGLIEDSCHAFT, einmalige Spende oder durch eine steuerlich absetzbare ZUWENDUNG unterstützen.

## EDITORIAL

*Liebe Familien,  
liebe Leserinnen und Leser,*

in dieser Ausgabe berichten wir von der gemeinsamen Aktion – siehe auch [www.elternklagen.de](http://www.elternklagen.de), die zusammen mit dem Familienbund (FdK) über die Klage dreier Familien vor dem Bundessozialgericht; gespannt warten wir auf die Urteilsbegründung.

Für eine wachsende Zahl von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten, in denen bittere Not, Hunger und Perspektivlosigkeit herrschen, wird derzeit Deutschland zu einem Zufluchtsort. Mit großer Hilfsbereitschaft der Bürger werden sie in Deutschland willkommen geheißen. Auch der Deutsche Familienverband macht sich stark für Solidarität und Menschlichkeit und erteilt zugleich Gewalt, Fremdenhass und Ausgrenzung eine klare Absage. In einem Brief (September) an Ministerpräsident Winfried Kretschmann haben DFV und Landesfamilienrat die Landesregierung auf verstärkten Einsatz bei den drängenden Fragen der Unterbringung, Versorgung und Begleitung der geflüchteten Familien mit Kindern und unbegleiteten jungen Menschen gedrängt.

Mit der Informationsreihe „Familie 21 plus“ veranstalten wir ein FORUM mit den familienpolitischen Experten der Landtagsfraktionen am 27. Februar 2016 bitte merken Sie sich diesen wichtigen Termin bereits vor, damit Sie die familienpolitischen Positionen der Parteien im Landtag persönlich kennenlernen können.

Für den Jahreswechsel und das kommende Jahr begleiten Sie unsere besten Wünsche bis 27. Februar in Freiburg.

Uto R. Bonde

Ehrenvorsitzender des DFV BW

## DFV-SPEZIAL: DAS „200 MILLIARDEN MÄRCHEN“ – VON DER GROSSZÜGIGEN FAMILIENFÖRDERUNG UND DER RENTE OHNE KINDER. INFORMATIONEN ZUR KAMPAGNE: WIR JAMMERN NICHT – WIR KLAGEN!

Neben viel Unterstützung erreichen uns auch immer wieder Zuschriften zur Kampagne Elternklagen, die zeigen, wie viele Mythen die Familienpolitik umweben – und wie groß die Gefahr ist, dass Familien und Nicht-Familien diesen Märchen auf den Leim gehen.

Einige der beliebtesten Irrtümer wollen wir deshalb hier aufklären:

Beliebt ist vor allem das Märchen von der großzügigen Familienförderung: Warum müssen Familien überhaupt für familiengerechte Sozialbeiträge klagen – sie werden doch schon mit Kindergeld, Kinderfreibeträgen, Elterngeld, Mütterrente, „kostenloser“ Mitversicherung und Unmengen weiterer Wohltaten so überschüttet, dass sie sich vor lauter Geld nicht retten können?

Schön wär's, aber leider: Es stimmt nicht. Zahlen, nach denen es angeblich 200 Milliarden Euro Familienförderung gibt, sind leider nur – ein Märchen der Politik. Das hat der Deutsche Familienverband nach langen Diskussionen auch schriftlich vom Bundesfamilienministerium erhalten: Echte Familienförderung macht gerade einmal etwas mehr als ein Viertel dieser Summe aus – und die finanzieren Familien auch noch zu einem großen Teil über ihre Steuern selbst.

Das dieses Märchen so beliebt ist, liegt auch daran, dass manche Mitspieler unter falschem Namen auftreten. Der Kinderfreibetrag zum Beispiel ist überhaupt keine Familienförderung. Er ist ein steuerrechtliches Instrument und dient dazu, das Existenzminimum von Kindern steuerfrei zu stellen. Das macht der Staat nicht aus Güte, sondern weil ihn die Verfassung dazu zwingt, Menschen vom selbst Erwirtschafteten das zu lassen, was sie für sich und ihre Kinder zum Leben mindestens brauchen. Auch das Kindergeld ist keine milde Gabe, sondern dient zuerst einmal der Steuerrückerstattung und wird mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Denn der Kinderfreibetrag

wird erst am Ende des Jahres bei der Steuererklärung berücksichtigt, übers Jahr zahlen Eltern „Strafsteuern“ aufs Kindesexistenzminimum – und diese Strafsteuern soll das Kindergeld den Eltern zurückerstatten. Erst was dafür je nach Familieneinkommen nicht nötig ist, ist tatsächlich Familienförderung – von den rund 39 Mrd. Euro „Kindergeld“ waren das 2013 nicht einmal die Hälfte.

Besonders dreist spielt die angeblich „beitragsfreie“ Familienmitversicherung unter falschem Namen. Denn beitragsfrei ist hier gar nichts. Natürlich zahlen Eltern auch aufs Existenzminimum ihrer Kinder Krankenversicherungsbeiträge – schließlich gibt es ja (noch!) keinen Kinderfreibetrag in Krankenversicherung, Rente & Co.! Dass Kinder und junge Menschen die Kasse viel weniger Geld kosten als alte Menschen – geschenkt, das gehört sich so in einem solidarischen Sozialsystem.

Fakt ist und bleibt aber: In der Gesetzlichen Krankenversicherung sind Familien nicht Nutznießer, sondern Nettozahler.

So gar kein Füllhorn ist auch die angeblich so großzügige Mütterrente. Eine Mutter, die jetzt in Rente ist und typischerweise ihr Kind vor 1992 geboren hat, bekommt für ihre Kindererziehungszeiten nicht einmal 60 Euro Rente im Monat. Jüngere Eltern, die ihre Kinder ab 1992 geboren haben, können später einmal mit maximal knapp 90 Euro pro Kind und Monat rechnen – für gute 20 Jahre Liebe, Zuwendung, Zeit und nicht zuletzt auch Geld und Einkommensverzicht. Und geschenkt wird den Eltern hier ohnehin nichts: Denn mit ihrer Erziehung der Kinder, die die nächste Generation der Beitragszahler

stellen, leisten die Eltern einen generativen Beitrag für die Rentenversicherung – und der ist für die Zukunftsfähigkeit des Rentensystems mindestens so wichtig wie die Geldbeiträge aufs Gehalt. Das hat das Bundesverfassungsgericht in den Urteilen, auf die sich unsere Kampagne stützt, immer wieder klargestellt und auch gleich darauf hingewiesen, dass die Tatsache, dass nicht

alle Kinder später in die Rentenkasse einzahlen, an diesem wichtigen Generationenzusammenhang nichts ändert. Natürlich kriegt keiner Kinder für die Rente. Aber umgekehrt gilt: Die Rente baut darauf, dass die Menschen Kinder kriegen.

Dagegen wird gerne ein anderes Märchen in Stellung gebracht, nämlich die „Große Rentenillusion“: Jeder sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer zahlt doch Monat für Monat Rentenbeiträge und bekommt jedes Jahr von der Gesetzlichen Rentenversicherung einen Bescheid über seine Rentenansprüche und über die Beiträge, die er im Laufe seines Lebens eingezahlt hat? Erwirtschaftet er da seine Rente nicht selbst, auch ohne Kinder? Nein, denn: Beim Generationenvertrag Rente lagern die Rentenbeiträge nicht bei der Deutschen Rentenversicherung Bund im Panzerschrank und werden angespart und später an den Versicherten ausgeschüttet. Denn die Rente ist ein Umlageverfahren, und die Beiträge gehen direkt an die jetzigen Rentner. Ohne Kinder, die später als Beitragszahler dafür sorgen können, dass die Rentenansprüche auf den Rentenbescheiden auch in Rentenzahlungen bedient werden können, sind diese Bescheide nur ein Stück Papier: ein Wechsel ohne Wert. Die Vorstellung, man könne die Rente ohne Kinder sichern und allein mit Geldbeiträgen fürs Alter vorsorgen, ist eben nur – eine Illusion.

Aber können wir uns nicht einfach aus dem Generationenvertrag herausstehlen und die Rente auf ein Kapitaldeckungsverfahren umstellen – ganz unabhängig von Kindern und Geburtenraten? Nein, auch das ist nur ein scheinbar bequemer Ausweg, der in der Wirklichkeit nicht funktioniert, ohne die Stabilität der Altersabsicherung einer ganzen Bevölkerung völlig ins Wanken zu bringen. Das hat sich eindrucksvoll bei der großen Banken- und Finanzkrise gezeigt: Hier sind Rentensysteme mit einem hohen Anteil an kapitalgedeckten Renten völlig abgestürzt und haben bis zu 40% des in Pensionskassen und Pensionsfonds angesparten Kapitals verloren, während das deutsche Umlagesystem deutlich besser durch die Krise gekommen ist.

Der Generationenvertrag hat Zukunft – aber nur, wenn er die Sorge für die Kinder ebenso einbezieht wie die Versorgung für die Rentner.

Eine familiengerechte Sozialversicherung, die die Erziehungsleistung endlich ernst nimmt, ist also kein „Betrug“ an Menschen, die ein Leben lang eingezahlt haben – im Gegenteil:

Ein Betrug ist die Rente im Moment für die Familien, die die eigentliche Zukunftsvorsorge über ihre Kindererziehung erbringen und dafür während der aktiven Familienphase mit zu hohen Beiträgen und im Alter mit einer Mini-Elternrente bestraft werden.

Iris Emmelmann, DFV Grundlagenreferentin (Berlin)

### Experten stellen fest: Zu wenig Familientlastung

Den Experten der Familienverbände geht die von der Bundesregierung geplante Anhebung des Kindergeldes und des steuerlichen Kinderfreibetrages nicht weit genug. So sprach der Deutsche Familienverband in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses unter Vorsitz von Ingrid Arndt-Brauer (SPD) am Mittwoch, 20. Mai 2015, von einem „enormen Nachholbedarf“, da Kindergeld und Kinderfreibetrag schon seit 2010 nicht mehr erhöht wurden. Inzwischen sei nicht einmal mehr die verfassungsrechtlich gebotene steuerliche Freistellung des Kindesexistenzminimums garantiert. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Erhöhungen sind nach Ansicht des Familienverbandes „völlig unzureichend“.

Das Kindergeld beträgt derzeit monatlich 184 Euro für das erste und zweite Kind, 190 Euro für das dritte Kind und 215 Euro für das vierte Kind und weitere Kinder. Es wurde nun ab 1. Januar 2015 um vier Euro monatlich je Kind erhöht werden. Ab dem 1. Januar 2016 ist eine Erhöhung um weitere zwei Euro monatlich je Kind vorgesehen.

Nach Ansicht des DFV muss der Kinderfreibetrag auf die Höhe des Grundfreibetrages angehoben werden. Und der Verzicht auf eine rückwirkende Erhöhung des Kinderfreibetrages für 2014 sei „verfassungsrechtlich hoch problematisch“. Diese Ansicht vertrat auch der Familienbund der Katholiken, der sich außerdem für eine Anhebung des Kindergeldes um zehn Euro pro Monat aussprach.



Ein Zwischenruf...

## EIN WILLKOMMEN FÜR UNSERE NEUEN NACHBARN

Derzeit kommen wöchentlich Tausende von Menschen nach Deutschland, die hier Schutz und eine sichere Zuflucht suchen. Es kommen Menschen allen Alters, einzeln, in kleinen Gruppen ja sogar ganze Familien haben sich vor Krieg, Verfolgung und Gräueln aus ihrer Heimat auf den beschwerlichen Weg gemacht um vor diesen schrecklichen Verhältnissen zu flüchten.

Täglich kommen Züge und Busse in Baden-Württemberg, auch in unseren Wohnorten an, die voller traumatisierten Menschen, Kinder und Erwachsene sind, die oft monatelang unter unsäglich unmenschlichen Bedingungen unterwegs waren, bevor sie bei uns angekommen sind.

Hier erfahren sie erstmals eine beschützende Aufnahme, eine geregelte Unterkunft, menschenwürdige Aufnahme mit Verpflegung, ärztlicher Notversorgung und Fürsorge – dies alles kann unsere Gesellschaft leisten und viele helfende Hände und Gesten aufopfernder Menschen sind alltäglich hilfreich dafür unterwegs.

Nach der ersten Linderung der akuten Not am Aufnahmeort folgen die administrativen Herausforderungen des amtlichen Verfahrens zur Asylgewährung für diese Flüchtlinge. In dieser Zeit verlangen die neuen Verhältnisse in den gemeinsamen (provisorischen) Massunterkünften von den Geflüchteten nochmals viele Einschränkungen und Entbehrungen bis zur Entscheidung nach einer endgültigen (rechtlich gesicherten) Zuweisung an einen Wohnort.

Dieser Wohnort soll und wird ein Zuhause für unabsehbare Zeit sein – und sich in unserer Nachbarschaft befinden.

Unsere menschliche Herausforderung wird es für lange Zeiten sein, diesen neuen Nachbarn behilflich zu sein – mit Rat und tätiger Hilfe – ein neues Zuhause mit uns zu finden.

Hierzu sind wir aufgerufen, das Mögliche beizutragen, diesen für alle ungewohnten menschlichen Prozess so human wie möglich zu gestalten- dazu braucht es eigentlich nur den Willen und die Bereitschaft, auf die neuen Nachbarn zuzugehen und unsere Hilfe anzubieten:

DFV als Motto - wir bieten unsere gute Nachbarschaftshilfe an.

Dazu braucht es keine große Mühe aufeinander zuzugehen, sondern nur den Willen, ein guter hilfsbereiter Nachbar zu sein.

Vor Ort gibt es Gelegenheit dazu in den Gemeinden, Kirchen und Familiengruppen, denen man sich gerne anschließen kann – jegliches Engagement in Gruppen erleichtert den Anfang einer Begegnungen.

Das Anderssein von neuen Nachbarn und die Begegnungen mit ihnen schaffen neue Erlebnisse – vor geraumer Zeit durften wir vielleicht als Touristen deren Kultur noch in friedlicher Zeit kennenlernen – denken wir daran?

Uto R. Bonde



### Hinweise für pflegende Angehörige

In vielen Familien ist der Begriff „Generationenhilfe“ nicht nur ein Wort, sondern ein tagtägliche Übernahme von Verantwortung für einen oder mehrere ältere Familienmitgliedern. Wer selbst in die Lage kommt, Eltern zu versorgen und zu pflegen, weiß welche Fragen für pflegende Angehörige dabei auftauchen. Die Probleme der Pflegeversicherung und die Anwendungen der Regelungen können dabei viele Mühe und oft auch Ärgernisse schaffen, wenn es darum geht Hilfe und Unterstützung zu organisieren.

**verbraucherzentrale Bundesverband** Um diesen helfenden Familienangehörigen eine verständliche Übersicht zum Pflegerecht zu ermöglichen, hat die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) eine gut lesbare Broschüre für betroffene Familien verfasst.

Im Rahmen seines vzbv-Verbandsthemas 2015 „Pflege vor Ort gestalten“ gibt es Verbraucherinformationen zu Leistungen und Ansprüchen in der Pflegeversicherung. Angesichts des komplizierten Leistungsrechts besteht immer die Gefahr, dass Familien mit Pflegebedürftigen bares Geld und Unterstützung verloren geht, weil sie Leistungen nicht kennen, die eine Pflege zu Hause im vertrauten Wohnumfeld erleichtern können. Mit der vzbv-Information soll den Versicherten und ihren Angehörigen ihre Ansprüche verständlich erklärt werden. Hinweis:

- ◆ Der DFV ist auf Bundes- wie auch Landesebene Gründungsmitglied und unterstützt diese Aktion.
- ◆ Als Gründungsmitglied des vzbv unterstützt der Deutsche Familienverband diese Aktion.
- ◆ Der vzbv weist darauf hin, dass die Informationen voraussichtlich nur bis Ende 2016 Bestand haben, da ab dem 1.1.2017 mit dem Pflegestärkungsgesetz II weitreichende Änderungen in der Pflegeversicherung zu erwarten sind.

### Familienbild im Wandel – Lebensentwürfe zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Das Familienbild in Baden-Württemberg ist im Wandel. Das belegt die repräsentative Studie Familienbild im Wandel – Lebensentwürfe zwischen Wunsch und Wirklichkeit, für die das Markt- und Sozialforschungsinstitut Isos im Auftrag des Fritz-Erler-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung 804 Erwachsene im Zeitraum vom 22.05. bis 25.06.2015 im Land befragt hat.

So stehen die Menschen in Baden-Württemberg neuen Familien- und Lebensmodellen insgesamt sehr offen gegenüber. Zwar wird „Familie“ in erster Linie über Kinder und Ehe (99 Prozent der Befragten) oder Partnerschaft zwischen Mann und Frau (92 Prozent) definiert. Bemerkenswert ist aber, dass gut zwei Drittel der Befragten auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kind(ern) als Familie anerkennen. Die meisten Befragten wünschen sich ein gleichberechtigtes, partnerschaftliches Modell der Familienarbeit. Doch sobald Kinder kommen, setzt in der Lebenswirklichkeit eine Re-Traditionalisierung ein.

Dabei sind die Erwartungen an die Mütter besonders hoch. So wird Müttern die Hauptverantwortung für Familie und Haushaltsmanagement zugeschrieben. Gleichzeitig sollen sie finanziell unabhängig sein und sich beruflich weiterentwickeln. Das Vaterbild ist geprägt von Erwerbstätigkeit und beruflichem Erfolg. Doch ein knappes Drittel der Väter würde gerne weniger arbeiten, um mehr Zeit für die Familie zu haben. Viele Eltern halten einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung für wichtig. Flexible Betreuungsangebote, eine gute Hausaufgabenbetreuung und eine finanzierbare Ferienbetreuung sind für Eltern in Baden-Württemberg einige der wichtigsten Maßnahmen, um Familien zu entlasten.

Die Studie ist abrufbar unter: [www.fes.de/lnk/1p8](http://www.fes.de/lnk/1p8)

## UNSER PARTNER VOLKSBANK FREIBURG INFORMIERT

## Von der Schule in den Beruf

Anzeige



Bildunterschrift: Spendenübergabe in den Räumen des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Freiburg / Breisgau-Hochschwarzwald e.V. V.l.: Stephan Heinisch, Vorstand Volksbank Freiburg, Dr. Gabriele Valeska Wilczek, Leiterin der Geschäftsstelle des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Freiburg, Christina Fröhlich, Stellvertretende Vorsitzende beim Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Freiburg, Harald Schmid, Kundenbeirat der Volksbank Freiburg

Soziales Engagement gehört zur genossenschaftlichen Tradition der Freiburger Volksbank. So werden regelmäßig gemeinnützige Projekte und Einrichtungen, deren Aktivitäten sich an Familien und Kinder wenden, gefördert. Gerade in Zeiten knapper werdender öffentlicher Gelder für soziale Belange wird das Engagement von Unternehmen in diesem Bereich immer wichtiger.

So spendeten die Freiburger Kundenbeiräte der Volksbank Freiburg beispielsweise ihr Sitzungshonorar für die Sprachförderung an der Gemeinschaftsschule in Freiburg-Haslach. Mit dem Projekt „Von der Schule in den Beruf“ unterstützt der Deutsche Kinderschutzbund Kreisverband Freiburg / Breisgau-Hochschwarzwald e.V. Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Vigeliusschule II aus sozial schwachen Zuwandererfamilien und so genannten Hochrisikofamilien.

Im Fokus stehen dabei vor allem eine gezielte Sprachförderung in Kleingruppen sowie eine persönliche Begleitung bei der beruflichen Orientierung durch erfahrene Fachkräfte.

Durch die Sprachförderung werden nicht nur die schulischen Leistungen insgesamt verbessert, sie stärkt auch das Selbstbewusstsein, fördert die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler und ihre Integration in die Gesellschaft.

Auf dem Weg in die Berufswelt erhalten die Jugendlichen Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit Betrieben und werden während und nach dem Praktikum begleitet. Ziel ist ein selbständiger Umgang mit der beruflichen Realität, den die Schüler meist weder im Elternhaus noch in ihrer Wohnumgebung kennen lernen konnten.

## AKTUELLES - AKTUELLES - AKTUELLES - AKTUELLES

## Erst die Mütter, dann die Väter

In der Hitliste persönlicher Vorbilder kommen zuerst die Mütter und dann erst die Väter. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend: es ist kein geistiges oder religiöses Oberhaupt, kein Politiker und auch kein Sportler, den die relativ meisten Bundesbürger spontan als ihr persönliches Vorbild nennen; es ist die eigene Mutter! So eine repräsentative Umfrage des Gesundheitsmagazins „Apotheken Umschau“. Die Mama zählt bei mehr als jedem Fünften (22,9 Prozent) in Deutschland zu den zwei wichtigsten Leitfiguren des Lebens. An zweiter Stelle folgt der Vater. Ihn führen 17,7 Prozent der Befragten an. Deutlich seltener genannt werden andere Personen aus dem persönlichen Umfeld: Jemanden aus dem Bekanntenkreis bezeichnen nur 4,3 Prozent, Freunde 4,2 Prozent, die Großmutter 3,8 Prozent und den Großvater 3,4 Prozent als die wichtigsten Leitliniengeber. Weit abgeschlagen hinter den Eltern liegen auch bedeutende Personen des öffentlichen Lebens. Den Papst geben beispielsweise nur 1,6 Prozent der Teilnehmer spontan als persönliches Vorbild an und Nelson Mandela 0,5 Prozent. Und noch etwas zeigt die Erhebung: Längst nicht jeder hat ein Vorbild. Mehr als jeder zweite (52,0 Prozent) Befragte besitzt laut eigener Aussage keine Person, an der er sich orientiert.

## Vertrauen zählt mehr

Männer und Frauen sind in Sachen Liebe recht bodenständig (Deutschland): Große Romantik mit ständigen Schmetterlingen im Bauch und verträumter Zweisamkeit halten sie in einer Partnerschaft für überbewertet. 90,4 Prozent betonen, in einer Beziehung seien Vertrauen und tiefe Zuneigung viel wichtiger als romantische Liebe. Vor allem Paare, die schon lange zusammen sind, können dies bestätigen (21 Jahre und mehr: 95,7 %). Und selbst den meisten Männern und Frauen, die erst seit kurzem ein Paar sind, ist klar, dass Vertrauen und Zuneigung in einer funktionierenden Beziehung mehr zählen als die anfängliche rosarote Verliebtheit (bis 3 Jahre: 78,4 %).

## Kinder und religiöse Vorbilder

Glaube und Religion sind ganz entscheidend, um Kindern Orientierung und Halt im Leben zu geben. Davon ist laut einer repräsentativen Umfrage des Gesundheitsmagazins „Apotheken Umschau“ fast jeder zweite (48,0 Prozent) Bundesbürger überzeugt. Fast jeder zweite Bundesbürger ist der Ansicht, dass Religion Heranwachsenden Orientierung und Halt gibt. Fast genauso viele (46,4 Prozent) Befragte halten eine religiöse Erziehung für wichtig in Hinblick auf die emotionale Entwicklung von Kindern. Viele der Interviewten befürworten eine gute Verankerung der Kinder in Glaube und Religion: 61,6 Prozent vertreten die Ansicht, dass diese die kirchlichen Sakramente, wie Taufe, Kommunion oder Konfirmation empfangen sollten. 61,1 Prozent finden es gut, wenn Kinder ihre Freizeit in kirchlichen Jugendgruppen verbringen. Fast genauso viele (58,6 Prozent) meinen, dass den Sprösslingen in der Erziehung der Glaube an Gott vermittelt werden sollte. Wobei es allerdings nur drei von zehn (29,2 Prozent) der Befragten für notwendig halten, dass Eltern täglich mit dem Nachwuchs – beispielsweise bei Tisch oder vor dem Zubettgehen – beten.



Seminare für werdende aber auch für gestandene Eltern. Geburtsvorbereitung, PEKiP-Gruppen, Spielgruppen, musikalische Förderung, Erziehungsworkshops, etc. – alles was Eltern wissen und können müssen.

Fordern Sie unser kostenloses Programm an!

**Eltern werden – Eltern sein e.V.**  
Rennerstr. 4, 79106 Freiburg  
Tel.: 0761 - 28 99 55  
[www.elternwerden-elternsein.de](http://www.elternwerden-elternsein.de)

## AKTUELLES - AKTUELLES - AKTUELLES - AKTUELLES

INKLUSION in  
Baden-Württemberg

Die Landesregierung hat mit dem Gesetz zur Inklusion einen wichtigen Schritt gemacht. Das Gesetz nennt die Umsetzung in allen Schularten eine der wichtigsten Herausforderungen für die Lehrerinnen und Lehrer in den nächsten Jahren. Die Landesregierung hat mit dem Gesetz einen wichtigen Schritt gemacht und löst damit endlich die unbefriedigenden Rahmenbedingungen der Vorgängerregierungen ab. Jetzt brauchen die Schulen intensive Unterstützung, damit Inklusion ein Erfolgsmodell für die Kinder, Eltern und Lehrkräfte wird.

Die von der Landesregierung geplante Gruppeninklusion ist der richtige Weg für die Anfangsphase. Das erfordert auch dass weitere Lehrerstellen und Begleitung für die Umsetzung von Inklusion bereitgestellt werden um mit kleinen Schritten auf ein inklusives Schulsystem zu bewegen. Das geplante Zwei-Pädagogen-Prinzip und eine ausreichende Vertretungsreserve sind dabei wichtige Voraussetzungen für inklusive Bildungsangebote.

Die Schulen brauchen für die veränderte Arbeit im Team mehr Zeit. Zum Klassenteiler zählen sofort Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Auch der Sachkostenbeitrag sollte dort gezahlt werden, wo die Schüler und Schülerinnen sind. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deshalb werden sich auch alle an den Kosten beteiligen müssen: Das Land, die Kommunen und der Bund.

Das Kultusministerium will den Lehrkräften, die an der Inklusion beteiligt sind und damit vor großen Aufgaben stehen, die Wahl überlassen, zu welcher Schule sie gehören wollen. Es gilt nun mit allen Beteiligten, ohne hektischen Handlungsdruck, die Entwicklungen tatkräftig umzusetzen und dabei Kinder und Eltern zu beteiligen.

Uto R. Bonde

## Der Buchtipp:

Jürgen Liminski: Zeit, Geld, Bildung. Was Familien und Kinder heute brauchen, in: Demographie und Wohlstand – Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft" (Hrsg. Christian Leipert), Leske und Budrich, Opladen, 2003, S. 296 ff.

Schlüsselbegriff für Familien:  
die „Zeit“ ist wichtig für  
Kinder und Eltern

Was Familien brauchen: „Zukunft, ZEIT und Zaster!“ – das war das Motto des Landesverbandstages 1999 in Kirchheim/Teck.

...und es gilt noch immer. Das Thema hat an Brisanz nicht abgenommen, nein – es ist aktueller denn je. Die politische Diskussion um das Betreuungsgeld hat gezeigt, dass das eigentliche Anliegen für Familien in der Kindererziehung – das Zeit haben für Kinder – nur sehr geringe Beachtung gefunden hat. Viele Gegner verstiegen sich gebetsmühlenhaft in die Behauptung, dass wer Kinder von öffentlichen Kita-Einrichtungen „fern halte“, das Kindeswohl missachten würde.

Diese Einengung auf ideologische Be(Ver)urteilung führt in die Irre. Das kann die Mütterideologie sein nach dem Motto: Nur die Mutter kann wirklich erziehen. Das kann auch die Kollektiveideologie sein nach der Devise: Nur der Staat kann's richten. Beiden gemeinsam ist eine gewisse Selbstverwirklichungsidee. Sie geht im ersten Fall davon aus, daß das Mutterglück das eigentliche Glück sei und die Frau sich in ihm allein verwirkliche.

Im zweiten Fall wird der außerhäusliche Beruf zum Glücksfall, zum Lebenssinn. Aber beide Selbstverwirklichungsprogramme leben von einem künstlichen Gegensatz. .... Der Schlüsselbegriff ist die Zeit. An ihrer Teilung kommt man nicht vorbei. Persönlich mehr Zeit für die Kinder zu haben und sie mit ihnen zu verbringen, bringt auch mehr Zufriedenheit. Abgesehen davon, daß die Zeit mit Kindern mehr Erfüllung als Erfolg mit sich bringt, handelt es sich doch um eine wichtige Lebensphase für Kinder und Eltern

im familiärem Beziehungsrahmen über einige Jahre; je nach der Zahl der Geschwisterkinder kann dieser über ein Jahrzehnt andauern.

Uto R. Bonde

## LANDTAGSWAHL 2016: DFV MITGLIEDER KANDIDIEREN

Demokratie lebt von der Beteiligung aller Bürger und aller Wahlberechtigten – alle Wählerinnen und Wähler sind aufgerufen sich am Leben der Demokratie in unserem Land aktiv zu beteiligen.

Der DFV ist parteipolitisch unabhängig und bittet um Unterstützung seiner Verbandsmitglieder bei der Landtagswahl – seit 2011 haben uns leider zwei Abgeordnete verlassen. Bei der Wahl am 13. März 2016 kandidieren unsere DFV-Mitglieder, die bereits Abgeordnete sind (MdL) für den Landtag Baden-Württemberg.



Sandra BOSER

DFV Landesverband  
(seit 2012), MdL im  
Wk Lahr

(1976), verheiratet, lebt mit Familie (zwei Kinder), Hund und Katze in Wolfach. Studium an der Berufsakademie

Mannheim; Diplom Betriebswirtin. Kreisgeschäftsführerin im Kreisverband von Bündnis90/die Grünen und Mitarbeiter bei einem Bundestagsabgeordneten. Bei unserer 60 Jahre DFV Baden-Württemberg im Europapark Rust durfte ich im Forum für den Part der Chancengleichheit von Familie und Beruf eintreten; „auch als Politikerin weiss ich, welch ein Spagat dabei zu überwinden ist und welch wichtige Rolle der Ehepartner leisten kann“. Chancengerechtigkeit in der Bildung und gute Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sind die politischen Schwerpunkte. Nicht die Herkunft darf über den späteren Erfolg entscheiden, sondern Leistung und Können.

Im Landtag ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Grüne.



Brigitte LÖSCH

DFV Landesverband  
(seit 2012); MdL  
im Wk Stuttgart/  
Neckar

(1962) evangelisch, verheiratet. Studium an der Berufsakademie Sozialpädagogik; berufstätig etliche Jahre im

Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. 9 Jahre Stadträtin in Geislingen/Steige, 3 Jahre parlamentarische Beraterin der Grünen-Fraktion; 2001 erstmals in den Landtag gewählt, von 1989 bis 1998 Stadträtin in Geislingen/Steige, engagierte Sozialpolitikerin, von 2001 bis 2011 sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, 2006 bis 2011 Vorsitzende des Sozialausschusses des Landtags.

2011 direkt gewählt im Stuttgarter Neckarwahlkreis und ist Landtagsvizepräsidentin. Seit 2013 ist sie Mitglied der Synode der Evangelischen Landeskirche.



Alexander SCHOCH

DFV RV Freiamt  
(seit 2014), MdL im  
Wk Emmendingen

(1954) gelernter Vermessungstechniker, Studium Politik- und Wirtschaftswissenschaft und Pädagogik, lebt

mit seiner Familie (zwei Kinder, vier Enkelkinder) in der Orgelstadt Waldkirch/Lkr. Emmendingen. Zuletzt tätig als Gewerkschaftssekretär bei ver.di, als Bundesfachgruppenleiter und Tarifverhandlungsführer im Bereich Ver- und Entsorgung sowie im Bildungsbereich. Für die Grünen engagierte er sich über 25 Jahre im Gemeinderat und im Kreistag (familienfreundliches Klima in den Kommunen). Seine Themen im Landtag sind im ländlichen Raum Energie-, Verkehrspolitik, sowie Bildungs- und Sozialthemen.

„Hierzu gehört eben auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Es ist gleichermaßen eine große Herausforderung, Handlungspotenziale für Bürger ab 65+ mit ihrem Erfahrungsschatz zu ermöglichen. Je nach Altersgruppe und unterschiedlichen Bedürfnissen hinsichtlich Infrastruktur, Gesundheit, Verkehr, Freizeit, Sport und Kultur sind hier Konzepte in den verschiedenen politischen Ebenen zu entwickeln.“

## EINLADUNG ZUM LANDESVERBANDSTAG 2016

Das Thema Bildung bewegt seit Jahren neben den Eltern, Lehrern auch die politischen Gremien im Lande. Viele Beiträge gestalten in der öffentlichen Diskussion die breite Meinungsbildung.

Der DFV hat sich bei der Stellungnahme zum neuen (noch nicht vom Landtag verabschiedeten!) Bildungsplan Baden-Württemberg zusammen mit den Landesfamilien klar und deutlich – auch zur Stärkung der Rolle der erziehenden Eltern – positioniert.

Im Rahmen seiner mehrjährigen Informationsreihe

**Familie 21plus** laden wir zu einem Gedankenaustausch mit den politischen Experten der Landtagsfraktionen zu unserem nächstjährigen Jahresthema ein.

Öffentliches FORUM:

### WOHIN GEHT ES FÜR DIE FAMILIEN IM LAND?

am Samstag, 27. Februar 2016, 13 – 18 Uhr

Ort: Foyer des Theodor-Heuss-Gymnasiums  
79111 Freiburg – St. Georgen, Andreas-Hofers-Str. 1\*

Zeit: von 10.30 bis 14 Uhr

Das Forum der Familiepolitischen Experten ist besetzt mit Vertretern der Landtagsfraktionen:

Grüne (angefragt)  
SPD (angefragt)  
CDU (angefragt)  
FDP (angefragt)  
Vertretern der Eltern- und Schülervertretungen

Anschließend Aussprache

Veranstalter:  
Deutscher Familienverband Baden-Württemberg e.V.  
Kaiser-Joseph-Str. 268 in 79098 Freiburg  
www.dfv-familie-bw.de

\* Erreichbar über HBF Freiburg mit VAG Linie 3 (Vauban) bis Endhaltestelle Innsbruckerstr., umsteigen Bus Linie 11 (Haid) bis Haltestelle Schneeberg. Fahrzeit 23 Minuten



## NEUES AUS DEN REGIONALVERBÄNDEN

RV FREIAMT E.V.

### Betreuungsloch für Schüler

Während die Plätze für Klein- und Kindergartenkinder reichen, fehlt Ferienlösung für Grundschüler.

Für Klein- und Kindergartenkinder stehen in der Flächengemeinde ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung. Auch bei den Öffnungszeiten sehen Gemeinderäte und Verwaltung keinen Handlungsbedarf für das kommende Kindergartenjahr. Klärungsbedarf gibt es beim Angebot für Grundschüler und deutlich ist, dass für diese während der Sommerferien ein Betreuungsloch besteht. Ein Angebot des Familienverbandes soll Abhilfe schaffen.

Grundlage der Planung ist eine Umfrage bei den Eltern. In Freiamt leben 173 Kinder bis sechs Jahre und 148 Kinder von sechs bis zehn Jahren, sagt Bürgermeisterin Hannelore Reinbold-Mench. Zusammen seien das rund acht Prozent der Bevölkerung. „Die Freiamter über 65 Jahren stellen mehr als 20 Prozent, ein Indiz dafür, dass sich der demografische Wandel auch bei uns zeigt“, so Reinbold-Mench.

Von 131 Fragebögen an Eltern mit Kindern von null bis sechs Jahren kamen mehr als 50 Prozent zurück. „Von diesen haben 50 Prozent erklärt, dass das Angebot ausreichend ist“, so die Bürgermeisterin. Bei den Kindern U-3 sei der Bedarf an Betreuungstagen gestiegen. Lag der Schwerpunkt der Nachfrage in den zurückliegenden Jahren bei zwei bis drei, sei nun eine Tendenz zu fünf Betreuungstagen erkennbar. Mit der Betreuungszeit von 7.30 bis 13.30 Uhr sei die überwiegende Zahl der Eltern zufrieden.

Das gelte auch für Eltern der Ü-3 Kinder. Den 139 in Kindergärten und Waldkindergarten angebotenen Plätzen stehen 97 Kinder gegenüber. Eine Zusammenlegung von Gruppen sieht Reinbold-Mench noch nicht, zumal sich ein positiver Effekt für die U-3 Betreuung ergeben könnte: „In altersgemischten Gruppen können auch Zweijährige mitbetreut werden.“ Bei der Nachmittagsbetreuung werden überwiegend zwei oder drei Nachmittage pro Woche dem Bedarf gerecht, die Ferienbetreuung bis zum Schuleintritt sei gut geregelt. Dankbar für das Angebot des Familienverbandes

Die Betreuung während der Schulferien ist jedoch für Eltern der Grundschulkinde ein Problem. „Die Eltern fallen mit dem Schuleintritt ihrer Kinder in ein regel-

rechtes Betreuungsloch“, so Reinbold-Mench. Dieses zu schließen, sei keine Pflichtaufgabe der Kommune, jedoch sieht sie wie auch die Gemeinderäte eine Verantwortung, wenn Freiamt familienfreundliche Gemeinde sein wolle.

Eine Lösung könnte die Offerte des Familienverbandes sein, der während der Ferien zusätzlich zum zweiwöchigen naturpädagogischen Angebot, vorerst für eine Woche (ab 17. August) eine Betreuung der Grundschulkinde organisieren will. „Dabei wird die Gemeinde nicht mit Personalkosten belastet, sondern ist lediglich gefordert, Turnhalle und weitere Räume für diese Zeit zur Verfügung zu stellen“, erklärte Reinbold-Mench. Sollte der Modellversuch 2015 Erfolg haben, sei eine zeitliche Ausweitung denkbar. „Es ist toll, dass wir einen derart engagierten Familienverband haben“, zeigten sich die Gemeinderäte, die einstimmig für die Bereitstellung der Räume votierten, glücklich.

Beschlossen wurde darüber hinaus, den Betreuungsbedarf der Grundschulkinde nachmittags genauer zu untersuchen. Weitergehend seien die Umfrageergebnisse bei den Grundschulleitern nur schwer zu interpretieren, weil diese auch widersprüchlich seien. Für Reinbold-Mench ein Indiz dafür, dass den Eltern nicht klar ist, was sich hinter Begriffen wie gebundene Ganztagessschule, offene Ganztagessschule und flexible Nachmittagsbetreuung verbirgt. Zur Klärung soll eine Infoveranstaltung für die Eltern, deren Kinder 2016 eingeschult werden, beitragen. Diese soll noch vor den Sommerferien stattfinden.

aus: Badische Zeitung 07. Mai 2015

RV RADOLFZELL-KONSTANZ

### Landesverbandstag in Radolfzell – Ein Rückblick

Gastgeber des Verbandstages 2015 im Zunfthaus der Narrizella Ratoldi war der Regionalverband Radolfzell-Konstanz. Gleichzeitig wurde das 50-jährige Bestehen gefeiert. Alle Veranstaltungen standen unter dem Motto „Wir jammern nicht – wir klagen“ eine bundesweite Aktion des DFV Bundesverbandes in Kooperation mit dem Katholischen Familienbund.

**DIE KAMPAGNE**

Als Prozessbeobachter berichtete Bundesgeschäftsführer Siegfried Stresing (Berlin) über die Kampagne. Sie verweist auf das Steuerrecht, wo es ein steuerfreies Existenzminimum, den Grundfreibetrag gibt (2015 Erwachsene 8472 Euro p.a., Kind gibt es einen Freibetrag von 7008 Euro). Das sollte es nach Vorstellung der Verbände auch in der Sozialversicherung geben. Eine verfassungsgemäße Neugestaltung setzt auch entsprechende Kinderfreibeträge voraus.

Gegen diese Ungleichbehandlung in der Sozialversicherung wurde bereits schon einmal geklagt. Damals ging es um die Pflegeversicherung. Die Verbände bekamen vom Bundesverfassungsgericht Recht. Aus Sicht des DFV und des Familienbundes ist das Urteil von 2001 vom Gesetzgeber nicht gesetzeskonform korrekt umgesetzt worden. Damals hatte Deutschlands oberstes Gericht geurteilt, Eltern müssten in der Pflegeversicherung bessergestellt werden als kinderlose Beitragszahler. Seither gibt es einen Aufschlag von 0,25 Prozentpunkten für Kinderlose in der Pflegeversicherung. In den anderen Zweigen der Sozialversicherung hat sich aber nichts geändert. Damit werde der Vorgabe des Verfassungsgerichts nicht entsprochen. Deswegen klagen erneut drei Familien beim Bundessozialgericht in Kassel gegen die Krankenversicherungsbeiträge. Sie hatten Klage gegen die Beiträge zur Krankenversicherung eingelegt und waren vor den Sozialgerichten in allen Instanzen unterlegen.

**DAS REGIONALJUBILÄUM**

Mit der neuen Organisationsstruktur 2011 wurde vor Jahren der DFV Radolfzell- Konstanz gebildet. Der Radolfzeller DFV wurde am 30. Oktober 1964 gegründet. Erster Vorsitzender war Rektor Günter Mellinghaus, dem 1970 Oskar Mayer nachfolgte. Mit zahlreichen Aktionen machte der junge Verein schon bald von sich reden. Rosa Reith organisierte eine Waren-Verteilstelle für Lebensmittel und Kleidung. Von 30 Gründungsmitgliedern stieg die Zahl schon bald auf 100 an. Neuen Schwung bekam der Verein unter Theo Kenzler, der von 1970 bis 1981 den Vorsitz hatte. Vor allem die Kleider-Tauschaktion unter Leitung von Manfred Gasser fand sehr große Resonanz – heute findet zweimal jährlich mit jeweils 8000 Artikeln statt. Eine der ersten Würdigungen der erfolgreichen Arbeit war die Verleihung

der Medaille und Urkunde für „vorbildliche kommunale Bürgeraktion“ durch Ministerpräsident Lothar Späth. Vorsitzender Herbert Bruttel leite 28 Jahre lang die Geschicke des DFV u.a. mit Strandfesten und Theaterfahrten; und auch beim Altstadtfest bereicherte der Familienverband mit attraktiven Beiträgen. Aus dem anfänglichen Mini-Flohmarkt entwickelten sich bis heute über Flohmarkt mit 150 Stände. Im Juli 2008 übergab Herbert Bruttel, inzwischen zum Ehrenvorsitzenden ernannt, das Zepter an Karin Vögele. Im April 2011 erfolgte die Umgründung der bisher eigenständigen Ortsverbände Radolfzell und Konstanz zu einem Regionalverband unter der Leitung von Karin Vögele. „Die 15 500 Mitglieder des DFV in Deutschland seien eine starke Lobby für die Familien, die schon viel erreicht habe“, sagt Karin Vögele, die inzwischen auch zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde.

„In einer Stadt sei eine gute und verlässliche Familienpolitik erforderlich“, betonte Oberbürgermeister Martin Staab. Aktuell sieht er vor allem Bedarf bei der Unterstützung junger Flüchtlingsfamilien. Ein kleiner Beitrag dazu sei der Auftritt der Flüchtlingskapelle Roma-Balkan-Express, die vor dem Zunfthaus mit flotter Musik viele Besucher anzog. Auch das neue braune Beton-Kletterpony am Österreichischen Schloßchen sei eine Bereicherung für die Innenstadt.

**DER LANDESVERBAND TAGTE**

Beim Landesverbandstag wurden auch das Reformvorhaben zur Schulpolitik der Landesregierung angesprochen. Es bestand große Einigkeit, dass der DFV dazu Stellung nehmen müsse, da er Sprachrohr der Eltern ist, das unbedingt seine Stimme erheben müsse. Im Verbund mit dem Landesfamilienrat wird eine Stellungnahme erarbeitet. Schule und Bildung wird auch das Schwerpunktthema des Landesverbandes in 2016 sein. Der für seine Verdienst zum Landesehrenvorsitzende ernannte Uto R. Bonde erhielt die Ernennungsurkunde im kleinen feierlichen Rahmen überreicht. Einstimmig wurde als neue Schatzmeisterin Claudia Warth (34, verheiratet, zwei Kinder, Leiterin einer eigenen Projektagentur in Gundelfingen) gewählt.

**IN EIGENER SACHE**

Die Website des DFV Baden-Württemberg wird ständig weiter entwickelt. Derzeit bauen wir den internen Bereich für Mitglieder aus. Sie können sich dort als DFV-Mitglied registrieren lassen:

<http://www.dfv-bw.de/registrierung>

Damit haben Sie Zugang zum Forum, zu internen Dokumenten, Fotos und sicher noch einiges mehr in der Zukunft.

Übrigens erreichen Sie den gesamten Vorstand mit einer einzigen E-Mailadresse. Einfach schreiben an:

[vorstand@dfv-bw.de](mailto:vorstand@dfv-bw.de)

Gerne nehmen wir Anregungen auf und hoffen auf immer stärkere Vernetzung zu den Familienthemen in Baden-Württemberg.

**TERMINE****RV FREIAMT E.V.**

März 2016

Lesenacht für Kinder

**RV RADOLFZELL E.V.**

04. Dezember 2015

Weihnachtskino für unsere Mitgliedsfamilien im Universumkino Radolfzell,

Beginn 17.30 Uhr.

12. März 2016

Frühlingskleidermarkt im Milchwerk Radolfzell von 14.00 - 16.00 Uhr

**RV FREIBURG E.V.**

Termine entnehmen Sie der Homepage

**LV BADEN WÜRTTEMBERG**

27. Februar 2016

Landesverbandstag in Freiburg

**NEUE SCHATZMEISTERIN**

Wir begrüßen unsere neue Schatzmeisterin Claudia Warth, Jahrgang 1981. Sie bringt als Geschäftsführerin von z'Friburg in der Stadt, dem Gewerbeverband für die Freiburger Innenstadt, jede Menge Kompetenzen mit. Sie hat neben zwei Kindern, Mann und wildem Alltag noch eine eigene Projektagentur –

also eine rührige Frau, die dem DFV sicher einiges an Schwung bringt. Vielleicht treffen Sie sie ja auf dem Landesverbandstag 2016 in Freiburg.

**Impressum**

Die Familiennachrichten erscheinen zweimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber:** Deutscher Familienverband Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Kaiser-Joseph-Str. 268, 79098 Freiburg

Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30

[post@dfv-baden-wuerttemberg.de](mailto:post@dfv-baden-wuerttemberg.de)

[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)

**Redaktion:** Uto R. Bonde / Harald Gress

**Fotos:** Titelbild v. Fotolia, Weitere Fotos, so nicht vermerkt von Uto R. Bonde oder Harald Gress

**Bankverbindung:**

Volksbank Freiburg, IBAN: DE85 6809 0000 0015 9667 609, BIC: GENODE61FR1. Der DFV ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

**Produktion:** Die MarketingMacher, Freiburg (Satz & Layout);

Die nächste FN erscheint am 14. Mai 2016

Redaktionsschluss ist am 29. April 2016





Deutscher  
Familien-  
Verband



**Kindern Zukunft schenken!  
Mitglied werden!**

[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)